

Pauline Staegemann, geborene Schuck (1838 – 1909). Wegbereiterin der Sozialistischen Frauenbewegung

Autorin: DR. GISELA NOTZ

Pauline Staegemann war eine der ersten Frauen, die in der SPD führend auftraten. Sie wurde später als Wegbereiterin der sozialistischen Frauenbewegung bezeichnet, weil sie 1873 Mitgründerin der ersten sozialdemokratisch orientierten Frauenorganisation, des „Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenverein“, war und bis zu seiner Auflösung den Vorsitz übernahm. Ihre sozialistischen und frauenpolitischen Aktivitäten gingen freilich weiter.

„Als blutjunges Mädchen kam sie nach Berlin“

Pauline Schuck wurde am 18.3.1838 in Diedersdorf, Kreis Lebus (Landkreis Märkisch-Oderland) in Brandenburg geboren. Schon „als blutjunges Mädchen“¹, sie war gerade 18 Jahre alt, kam sie nach Berlin, wo sie – wie viele ihrer Zeitgenossinnen - als Dienstmädchen arbeiten musste. Für das Arbeiterkind schien der Umzug in die Hauptstadt damals die einzige Möglichkeit, dem noch ärmlicheren Leben auf dem Lande in der Mark Brandenburg zu entgehen. Wie es ihr bei ihren Dienstherrinnen und -herren ergangen ist, wissen wir nicht. Darüber gibt es keine Überlieferungen. Jedenfalls entkam sie den Dienstherrschaften 1865 durch die Heirat mit dem Maurerpolier Karl-Ludwig Staegemann und bekam vier Kinder, zwei Söhne und zwei Töchter. Die Familie lebte in der Umgebung des Königstors in Berlin. Ihre Tochter Elfriede, die sie am 14.12.1872 als drittes Kind geboren hat, sollte in die sozialdemokratische Geschichte eingehen. Pauline Staegemann wurde später von ihrer Wegbegleiterin Marie Juchacz als „resolute, aufstrebende, fleißige, aber auch aufrechte Frau“ bezeichnet,² die bemüht war, ihren Kindern eine frohe Kindheit zu gewährleisten. Gemeinsam mit ihrem Mann kam sie frühzeitig mit den ersten Veranstaltungen und Demonstrationen der Berliner Arbeiterbewegung in Berührung.

Nach dem frühen Tod ihres Mannes verdiente sie den Lebensunterhalt für sich und die vier Kinder mit einem Gemüseladen in der Landsberger Allee, in einer Arbeiterwohngegend. Den Kellerladen hatte sie schon früher eingerichtet, um das Einkommen der Familie krisenfest und unabhängiger zu machen, weil der Lohn eines Maurers, der wie alle im Bauhauptgewerbe tätigen, schon damals von Jahreszeiten abhängig und durch Wirtschaftskrisen leicht betroffen war, zur Existenzsicherung der Familie nicht ausreichte. Der Laden war nun nicht nur die einzige Einnahmequelle, sondern entwickelte sich bald zum heimlichen Treffpunkt für Mitglieder und Funktionäre der frühen Arbeiterbewegung und für ratsuchende Frauen aus dem Friedrichshainviertel. Die Kinder halfen der Mutter beim Austragen von Flugblättern und versteckten das Material gegebenenfalls vor der preußischen Polizei. Die Tochter Elfriede erinnerte sich später, dass sie schon als ganz junges Mädchen durch den Einfluss der Mutter eine eifrige Besucherin sozialistischer Versammlungen wurde.³ Ihren beiden Söhnen ermöglichte die Mutter eine gute Schulbildung mit anschließendem Studium.

¹ Franz Osterroth, Biographisches Lexikon des Sozialismus, Hannover 1960, S. 297.

² Marie Juchacz, „Sie lebten für eine bessere Welt, Lebensbilder führender Frauen des 19. und 20. Jahrhunderts, Hannover 1971, S. 25 – 28; hier: S. 25.

³ Elfriede Ryneck gestorben, in: Sozialdemokratischer Pressedienst Nr. P/VI/14 vom 17.1.1951, S. 5-6; hier: S. 5.

Pauline Staegemanns erste politische Arbeit fiel in eine Zeit, in der die Industriebevölkerung einen schnell zunehmenden Anteil der arbeitenden Bevölkerung ausmachte. Frauen litten unter dem Druck tyrannischer Arbeitgeber und unter einem Übermaß an Konkurrenz der Arbeiter_innen untereinander, ebenso wie die Männer, weil sie ebenso für das tägliche Brot arbeiten mussten.⁴ Dadurch, dass Frauen als vorübergehend Arbeitende oder „Zuverdienerinnen“ betrachtet wurden, wurde ihnen oft noch mehr zugemutet und sie bekamen geringere Löhne als Männer, von denen man erwartete, dass sie mit ihrem Lohn eine Familie ernähren sollten. Das Interesse von Pauline Staegemann galt vor allem den berufstätigen Frauen und ganz besonders den Wäscherinnen und Mantelnäherinnen, meist Heimarbeiterinnen, die an langen Arbeitstagen unter belastenden Arbeitsbedingungen, die Arbeiten auf den niedrigen Ebenen verrichteten und zudem meist noch weniger verdienten als ihre ohnehin schon schlecht entlohnten männlichen Kollegen zu Beginn der Industrialisierung. Pauline Staegemann und ihre Mitstreiterinnen wollten mehr und bessere Arbeitsgelegenheiten für die Frauen.



Quelle: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung/FOTA 113931

„Ein Verein, der sich auf den Boden der klassenbewussten Sozialdemokratie stellte“

Als sich am 28. Februar 1873 der „Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenverein“ gründete, war Pauline Staegemann neben Berta Hahn, Johanna Schackow und Ida Cantius eine der Gründerinnen.⁵ Die Mitglieder des Vereins waren zumeist Frauen sozialdemokratischer Parteimitglieder.⁶ Das offizielle Vereinsziel war die „geistige und moralische Bildung der Frauen sowie gegenseitige Unterstützung in Notfällen.“⁷ Als „herausragende Gestalt“⁸ übernahm Pauline Staegemann den Vorsitz, den sie beinahe fünf Jahre lang behielt. Der Verein, der heute als erste sozialdemokratisch orientierte Frauenorganisation bezeichnet wird,⁹ weil er sich „auf den Boden der klassenbewussten Sozialdemokratie“ stellte,¹⁰ wollte sich weder auf die Richtung der „Lassalleaner“ noch auf „Eisenacher“ festlegen lassen, sondern „wollte sozialdemokratisch ohne Richtung sein“.¹¹ Clara Zetkin missfiel offensichtlich weniger die sozialdemokratische Richtungslosigkeit des Vereins, als die Tatsache, dass ihm ausschließlich Frauen und Mädchen angehören durften und Männer gewöhnlich nicht einmal Zutritt zu den Vereinsversammlungen hatten. Die ihr verhasste und von ihr als ineffektiv betrachtete „Absonderung der Frauen von den Männern“ lastete sie einerseits der Sonderstellung der Frau durch das Vereinsgesetz an, andererseits jedoch auch der „femi-

4 Vgl. zu den Arbeitsbedingungen von Frauen im 19. Jahrhundert ausführlicher: Gisela Notz, Freiheit für die Frauen, Freiheit für das Volk. Arbeiterinnen gegen die Beschränkung der Arbeit der Frauenzimmer, in: Johanna Ludwig/Ilse Nagelschmidt/Susanne Schötz (Hrsg.), Frauen in der bürgerlichen Revolution von 1848/49, Bonn 2000, S. 103 – 113 sowie Louise Otto Peters, Das Recht der Frauen auf Erwerb. Wiederveröffentlichung der Erstausgabe aus dem Jahre 1866. Mit einer Reminiszenz der Verfasserin und Betrachtungen zu der Schrift aus heutiger Sicht von Astrid Franzke, Johanna Ludwig und Gisela Notz, Leipzig 1997.

5 Vgl. Franz Osterroth/Dieter Schuster, Chronik der deutschen Sozialdemokratie, 3 Bände, Band I: Bis zum Ende des ersten Weltkrieges, Bonn 1975, S. 46.

6 Vgl. Adeline Berger, Die Zwanzigjährige Arbeiterinnenbewegung Berlins und ihr Ergebnis, Berlin 1889, S. 16.

7 Frauen-Anwalt 1973/74, Nr. 1, S. 41.

8 Richard J. Evans, Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich: Berlin/Bonn 1979, S. 55.

9 http://www.fes.de/archiv/_stichwort/a-frauen.html. Vgl. auch Osterroth/Schuster, S. 135.

10 Baader, S. 22.

11 Clara Zetkin, Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Berlin 1958, S. 143.

nistischen Tendenz (...) hervorragender Trägerinnen der Berliner Bewegung“, die von der bürgerlichen Frauenrechtleri zur Sozialdemokratie geführt worden waren.¹² Damit konnte sie Pauline Staegemann nicht gemeint haben, sie kam aus der Arbeiterbewegung.

Offensichtlich war der Verein allerdings eine Abspaltung des 1869 gegründeten „Verein zur Fortbildung und geistigen Anregung von Arbeiterfrauen“, der von Lina Morgenstern (1830-1909), der aus der bürgerlichen Frauenbewegung stammenden „Suppenlina“ geleitet wurde. Lina Morgenstern war eine Fabrikantentochter, die sich zwar schon früh für die unteren Schichten eingesetzt hatte und bereits im Alter von 18 Jahren den „Pfennigverein zur Bekleidung armer Schulkinder“, gegründet hatte. Sie stammte nicht nur aus einer reichen Familie, sondern war auch mit einem reichen Kaufmann verheiratet, konnte sich ihre Wohltätigkeit gegenüber den Armen also „leisten“, wie viele ihrer Zeitgenossinnen aus der bürgerlichen Frauenbewegung, die ihrem sonst müßigen Leben eine Erfüllung geben wollten.¹³

Den Spitznamen „Suppenlina“ hatte Lina Morgenstern bekommen, weil sie 1866, während der unzureichenden Lebensmittelversorgung und des großen Hungers besonders unter der ohnehin schon armen Bevölkerung, durch den preußisch-österreichischen Krieg, bereits den „Verein der Berliner Volksküchen“ gegründet hatte. In den Suppenküchen konnten die Armen Berlins zum Selbstkostenpreis eine warme Mahlzeit erhalten. Pauline mag auch nicht gefallen haben, dass „Suppenlina“ zu Beginn des deutsch-französischen Krieges 1870/71 mit ihren Volksküchen die Verpflegung der ausrückenden und durchziehenden Truppen übernommen hat. Allerdings hat sie auch die französischen Kriegsgefangenen verpflegt. Jedenfalls wurden die Volksküchen zur festen Institution in den Industriestädten.

Lina Morgensterns hauptsächliches Anliegen war es, Frauen aus der bürgerlichen Schicht, dafür zu gewinnen, sich für die Sorge um Gesundheit und Wohlergehen der unteren Schichten einzusetzen. Ihre Arbeit galt – ebenso wie die Arbeit etlicher ihrer bürgerlichen Weggefährtinnen – dem Ziel, die Arbeiterinnen, die sich ihr anschlossen, vermittels Erziehung zu ‚bessern‘ und sie so in den Stand zu versetzen, ihre Lage als Individuen günstiger zu gestalten. Fragen wie niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen, die die Arbeiterinnen betrafen, wurden aus den Diskussionen ausgeschlossen. Schließlich war es nicht das Ziel des Vereins, die allgemeine Emanzipation der Arbeiterinnen zu fördern.¹⁴ Otilie Baader Weggefährtin von Pauline Staegemann, die selbst eine Zeitlang dem Morgensternschen Arbeiterinnenverein angehörte, berichtet in ihren Erinnerungen, dass man während der Zeit der großen Arbeitslosigkeit, Arbeiterinnen angeboten habe, Handarbeiten zu verkaufen, die sie gemeinsam mit den bürgerlichen Frauen an einem bestimmten Ort feilbieten sollten. Die Summe, die sie verdienen sollten, war so gering, dass die Arbeiterinnen das als Hohn empfinden mussten. Schlimmer war jedoch, dass Otilie Baader sich anhören musste, dass die Mitglieder des Morgensternschen Arbeiterinnenvereins „diese Weiber, diese Sozialdemokraten“, beschimpften. Besonders hatten sie es auf Frau Staegemann und Frau Cantius ab-

¹² Clara Zetkin, Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Berlin 1958, S. 143.

¹³ Siehe auch Margrit Twellmann, Die deutsche Frauenbewegung. Ihre Anfänge und erste Entwicklung 1843 – 1889, Frankfurt/M. 1993. Zur historischen Entwicklung ehrenamtlicher Wohlfahrtsarbeit vgl. Gisela Notz, Frauen im sozialen Ehrenamt, Freiburg 1989. Zu Lina Morgenstern siehe Daniele Weiland, Geschichte der Frauenemanzipation in Deutschland und Österreich, Düsseldorf 1983, S. 173 – 177.

¹⁴ Vgl. Evans, Sozialdemokratie, S. 55.

gesehen, die sie als „wahre Hyänen“ verunglimpfte. Die Arbeiterinnen entgegneten ihnen, dass sie „erst einmal hören (wollten), was sie zu sagen haben“, um sich dann selbst ein Urteil zu bilden.¹⁵ Otilie Baader besuchte daraufhin eine Versammlung sozialdemokratischer Frauen, um sich diese „Hyänen“ näher anzusehen und war überrascht, wie ruhig und selbstverständlich die Frauen sprachen, so dass sie bald selbst zu ihnen überwechselte.¹⁶

Pauline Staegemann wollte keinen bürgerlichen Wohltätigkeitsverein. Daher gründete sie den Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenverein mit, denn sie gehörte selbst zum „arbeitenden Volk“. Es war ihr nicht genug, dass durch die bürgerlichen „besser gestellten Damen“ die Armensuppe gekocht wurde. Schließlich wurde durch das Kochen und Verteilen der Armensuppe der Reichtum der Wohlhabenden nicht gemindert. Es war geeignet, das soziale Prestige der Wohltätigen zu mehren und die Hungernden zu demütigen. Sie blieben Bittstellerinnen und sie blieben arm. Pauline Staegemann und ihre Mitstreiterinnen wollten an den gesellschaftlichen Wurzeln rühren, die die soziale Ungleichheit produziert und reproduziert. Sie waren der festen Überzeugung, dass die Lage des weiblichen Geschlechts nur durch eine vollständige soziale Umwälzung der Gesellschaft verbessert werden konnte.¹⁷ Darauf bereitete sie sich mit Lektüre und Studium zum Zweck „sozialistischer Bildung“ vor.¹⁸ Zu ihrem Programm gehörte die völlige Gleichberechtigung der Frauen einschließlich des Wahlrechts.¹⁹

„Die mühsame Agitations- und Organisationsarbeit“

Pauline Staegemann versuchte, die Wäschenäherinnen, die vor allem Heimarbeit leisteten, zu organisieren, damit sie sich gemeinsam gegen die ausbeuterischen Bedingungen wehren konnten. Dies tat sie, obwohl den Frauen jede gewerkschaftliche Organisation verwehrt war und zähleibige Vorbehalte unter den männerdominierten Arbeiterorganisationen ebenso schwer zu überwindende Hindernisse bildeten, wie die vielfachen Belastungen der Arbeiterinnen durch Haushalt und Familie. Bei der mühsamen Agitations- und Organisationsarbeit arbeitete sie mit Agnes Wabnitz zusammen, die aus einer sozialistischen Arbeiterfamilie stammte und deren Großvater bereits am schlesischen Weberaufstand teilgenommen hatte. Ihr Vater hatte 1848 in Breslau auf den Barrikaden gekämpft und war knapp dem Tode entkommen.²⁰ Pauline Staegemanns Enkel Erich Ryneck schrieb später, dass sie wahrscheinlich gegenüber der „herben Agnes Wabnitz“, die die Zurückhaltung vieler notleidender Arbeiterinnen in Bezug auf ihre Organisation nicht immer nachvollziehen konnte, durch ihre heitere und harmonische Art eine ausgleichende und vermittelnde Rolle spielte.²¹ Tatsächlich traute sich manche Arbeiterin nicht, den Arbeiterfrauenverein zu besuchen, zumal auch die bürgerliche Presse sich in den rüdesten Witzen gegen den Verein überbot und die Berliner Polizei, als Hüterin der „Sittlichkeit“ ihn und seine Aktivistinnen immer wieder

¹⁵ Otilie Baader, Ein steiniger Weg. Lebenserinnerungen einer Sozialistin, Bonn 1979, 3. Aufl., S. 20 f.

¹⁶ Roswitha Freude nimmt an, dass sie 1875 oder 1876 dem Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenverein beitrug. Vgl. Roswitha Freude, Die Entwicklung Otilie Baaders zur Kampfgefährtin Clara Zetkins, in: Kolloquium der Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“, Leipzig 1982, S. 86 – 94; hier: S. 89.

¹⁷ „Neuer Sozialdemokrat, Nr. 28. vom 7. März 1873. Vgl. auch Osterroth/Schuster, S. 46.

¹⁸ Evans, S. 55

¹⁹ Neue Westfälische Volks-Zeitung, Nr. 74 vom 28.3.1890.

²⁰ Agnes Wabnitz nahm sich 1894 aus Verzweiflung und Angst vor ständiger Verfolgung auf dem Friedhof der Märzgefallenen in Berlin das Leben. Zu Agnes Wabnitz siehe Marie Juchacz, Sie lebten für eine bessere Welt, Hannover 1971, -S. 77 – 79.

²¹ Brief Erich Ryneck an Marie Juchacz in Sammlung Personalien Pauline Staegemann, Archiv der sozialen Demokratie (AsD).

schikanierte.²² Die wachsende Not rief dennoch immer mehr Arbeiterinnen, die erkannt hatten, dass sie sich zusammenschließen mussten, um gegen die Unternehmerwillkür anzugehen, zusammen.

„Eine Sozialdemokratin mit Leib und Seele“

Unter der Leitung von Pauline Staegemann, die bald als „Sozialdemokratin mit Leib und Seele“ galt,²³ richtete der Verein einen Fonds zur Unterstützung Not leidender Mitglieder ein und unterstützte die Sozialdemokraten während ihrer Wahlkampagnen. Schließlich war das ihre einzige Möglichkeit, die Wahlen zu beeinflussen, denn Frauen konnten vor 1918 weder wählen noch gewählt werden. Vor 1908 konnten sie aufgrund des Preußischen Vereinsgesetzes nicht einmal an politischen Veranstaltungen teilnehmen. Der § 9 dieses Gesetzes lautete: „Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, dürfen keine Frauenspersonen, Schüler oder Lehrlinge als Mitglieder aufnehmen“. Später (1878) wurde er ergänzt durch eine reichsgerichtliche Entscheidung, die besagte, dass alle Angelegenheiten der Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung des Staates – auch in sozialpolitischer Beziehung und in wirtschaftlicher Hinsicht – politische Angelegenheiten seien. So konnte jegliche politische Betätigung und der Besuch öffentlicher Veranstaltungen durch Frauen untersagt werden. Frauen- und Mädchenverein mussten sich als „Kaffeekränzchen“, Lesezirkel, Handarbeitskreise, Bildungsvereine oder andere scheinbar unpolitische Zusammenschlüsse phantasievoll tarnen, um dieses Gesetz, das bis 1850 galt, zu unterlaufen. Selbst in den Familien waren die Frauen damals weitestgehend rechtlos, denn sie waren der Vormundschaft des Vaters unterstellt, die später der Ehegatte bzw. ein weiterer Vormund übernahm. Von Besuch von Gymnasien und Universitäten waren sie ausgeschlossen, das galt sogar für Mädchen aus mittleren und höheren Schichten.²⁴

Den Behörden war der „Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenverein“ von Anfang an ein Dorn im Auge. Er hatte sich, kurz nach seiner Gründung, als „staatsgefährlich“ verdächtig gemacht, weil „seine stadtbekanntesten Leiterinnen, die Sozialistinnen Cantius und Staegemann, eine öffentliche Versammlung einberufen hatten, in der sie schärfsten Protest gegen die höchst unchristliche Herzenskälte und Intoleranz“ erhoben hatten, mit der ein Geistlicher in Rixdorf einen Selbstmörder begraben hatte.²⁵ Sie wurden für neun Monate ins Frauengefängnis Barnim in Friedrichshain gebracht. Im Juni 1874, nachdem auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein zu Berlin und verschiedene Gewerkschaften, die als besonders radikal galten, „vorläufig“ verboten worden waren, wurde auch der Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenverein „vorläufig“ geschlossen und unter dem Vorwand in Anklage gestellt, dass er mit anderen Vereinen in Verbindung getreten sei.

Die darauffolgende besondere Vorsicht der Frauen half nichts. Der Verein wurde 1875 auf Grund des Preußischen Vereinsgesetzes endgültig verboten. Freilich war nicht übersehen worden, dass die Vorsitzenden und Mitglieder an der Wahlbewegung zugunsten der Sozialdemokraten teilgenommen hatten.²⁶ In den

²² Annemarie Lange, Berlin zur Zeit Bebels und Bismarcks, Berlin 1972, S. 337.

²³ Ebenda, S. 339.

²⁴ Vgl. hierzu ausführlicher Ursula Herrmann, Frauen und Sozialdemokratie, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 2/1999, S. 59 – 71; hier: S. 60 f.

²⁵ Lange, S. 349.

²⁶ Vgl. Baader, S. 27.

knapp fünf Jahren seines Bestehens hatte er allerdings Zeit gehabt, sozialistisches Gedankengut und gewerkschaftliche Vorstellungen unter den Arbeiterinnen zu verbreiten. Im Urteil, das dem Verbot zugrunde lag, hieß es, es sei nicht zu bezweifeln, dass der Verein die Tendenz verfolgt habe, durch die Frauen auch auf die Männer und auf die Kindererziehung sozialistischen Einfluss auszuüben.²⁷ Deshalb wurde Pauline Staegemann gleichzeitig mit dem Vereinsverbot wegen angeblicher sozialistischer Indoktrinierung von Kindern erneut ins Gefängnis gesteckt. Es war nicht ihre letzte Verhaftung.

Pauline Staegemann und die christliche Religion

Am 21.2.1879 wurde sie, gemeinsam mit Ida Cantius, aufgrund eines Diskussionsbeitrags anlässlich einer Protestveranstaltung von Arbeiterinnen am 20.5.1878, wegen „Beleidigung der Geistlichkeit“ zu je sechs Wochen Gefängnis verurteilt.²⁸ Das war bereits mindestens ihre zweite Auseinandersetzung mit der „Geistlichkeit“. Pauline Staegemann war evangelisch getauft und wurde, wie ihre Urenkelin berichtete, auch evangelisch zu Grabe getragen.²⁹ Mit den Würdenträgern der christlichen Kirchen stand sie jedoch auf Kriegsfuß. Petra Gerster berichtete, dass Pauline Staegemann „früh in die Sozialdemokratische Partei Deutschland ein und aus der evangelischen Kirche aus“ getreten sei, weil sie sich darüber ärgerte, „dass die Kirche armen Leuten sogar am Tag der Konfirmation ihrer Kinder noch einen Obolus abnahm, obwohl die Eltern doch schon große Mühe hatten, ihrem Nachwuchs zu diesem Anlass überhaupt Schuhe und Strümpfe zu kaufen.“³⁰ Anlässlich einer gut besuchten Versammlung ging es am 20. Mai 1878 ebenfalls um die Rolle der Kirche: Pauline Staegemann berichtete, dass 1874 ein Rixdorfer Pfarrer sich geweigert habe, einen Arbeiter, der durch einen Verkehrsunfall getötet worden war, auf Bitten seiner notleidenden Frau unentgeltlich zu beerdigen, obwohl sogar der Totengräber auf seinen Obolus verzichtet hatte: Sie sagte: „Ja, so sind die Pfaffen ...wer kein Geld hat, der kann in der Müllgrube beerdigt werden.“ Schließlich brachte der Arbeiterfrauen – und Mädchenverein die Beerdigungskosten durch eine Sammlung auf.³¹ Es war vermutlich das Wort „Pfaffen“, das den Oberstaatsanwalt aufgebracht hatte, der sie zu sechs Wochen Gefängnis verurteilte, ursprünglich hatte er sogar eine dreimonatige Freiheitsstrafe beantragt. Pauline Staegemann trat die Gefängnisstrafe im Frauengefängnis Barnimstraße in Berlin an.³²

Illegale Arbeit unter dem Sozialistengesetz und dem Preußischen Vereinsgesetz

Die Verhaftung ist freilich auch im Zusammenhang mit einer Verfolgungswelle, die viele Sozialdemokraten betraf, zu sehen. Schließlich galt seit dem 21.10.1878 das von Reichskanzler Otto von Bismarck erlassene Sozialistengesetz. Es wurde nach zwei den Sozialdemokraten zu Unrecht angelasteten Attentaten auf Kaiser Wilhelm I. vom Reichstag mit den Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ verabschiedet und sollte die sozialdemokratische Parteiorganisation im Deutschen Reich durch Versammlungs-, Organisations- und Publikationsverbot, das sich auch auf die Gewerkschaftspresse erstreckte, zerschlagen. Es ermächtigte die Polizei zur Auflösung aller sozialistischen Vereine, zur Beschlagnahme ihrer Zeitungen und Schriften

²⁷ Vgl. Juchacz, S. 26; Baader, S. 27.

²⁸ Eduard Bernstein, Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, 2. Teil, Berlin 1907, S. 28.

²⁹ Jutta Limbach, „Wahre Hyänen“ Pauline Staegemann und ihr Kampf um die politische Macht der Frauen, Bonn 2016, S. 40.

³⁰ Petra Gerster, Laudation auf Jutta Limbach anlässlich der Verleihung des Humanismuspreises, in: Forum Classicum. Zeitschrift für die Fächer Latein und Griechisch an Schulen und Universitäten, H. 2/2006, S. 88-96; hier: S. 90.

³¹ Zeitschrift „Post“ vom 22.5.1878, Beilage „Lokales“.

³² Limbach, S. 42.

und zur Ausweisung ihrer Propagandist_innen. Darüber hinaus ermöglichte es verschärfte polizeiliche Kontrollen aller Versammlungen sowie das Verbot der öffentlichen Verbreitung von Druckschriften. Das Sozialistengesetz war auf zweieinhalb Jahre befristet, wurde aber bis 1890 regelmäßig verlängert. Sozialistische Frauen traf es deshalb besonders hart, weil ihre politische Organisation sowohl in der SPD, als auch als Frauen illegal war. Die Verhaftungen von Pauline Staegemann und Ida Cantius sind zweifelsohne im Zusammenhang mit dem Sozialistengesetz zu sehen. Eduard Bernstein berichtete in seinem Werk „die Berliner Arbeiter-Bewegung“ ausführlich über die brutale Gewalt mit der unter Berufung auf dieses Gesetz gegen Sozialisten vorgegangen wurde und er vergaß auch nicht die Verhaftung der beiden Frauen zu erwähnen.³³ Die ließen auch nach ihrer Verhaftung nicht locker, obwohl ihre Mitstreiterin Johanna Schackow bereits bei Inkrafttreten des Gesetzes zusammen mit ihrem Mann aus Deutschland ausgewiesen worden war.

Die anderen Frauen betätigten sich weiter in der sozialistischen Bewegung. Weitere Vereine, die Pauline Staegemann mitgegründet hat, wurden nach kurzer Zeit wieder aufgelöst. Hier sollen deshalb nur einige wichtige genannt werden. 1881 gründete sie den „Frauen-Hilfsverein für Handarbeiterinnen“ mit, der schon kurze Zeit nach seiner Gründung ebenfalls der antisozialistischen Gesetzgebung zum Opfer fiel. 1882 war sie innerhalb einer ursprünglich bürgerlich geleiteten, aber bald von Sozialdemokratinnen beherrschten Vereinigung zur Hebung der Sittlichkeit unter den Arbeiterinnen tätig. Schon damals vertrat sie die Anschauung, dass bessere Sitten- und Kulturzustände nur auf dem Boden besserer Wirtschaftsbedingungen erwachsen könnten.³⁴ Die Frauen trafen sich auch außerhalb von Vereinen und „fanden Wege der persönlichen Verständigung“.³⁵ Marie Juchacz nennt diese Zusammenarbeit der unermüdlichen und unerschrockenen Frauen im Kampf für eine bessere Welt, „ein stilles, viel zu unbekanntes Heldentum“.³⁶ Pauline Staegemann hatte großen Anteil daran, dass sich die Frauen trotz Polizeischikanen und moralischer und handgreiflicher Angriffe aus reaktionären und kirchlichen Kreisen solidarisierten, sich nicht gegeneinander ausspielen ließen und nicht aufgaben. Sie selbst trat nun, wenn sie es für notwendig empfand, unter dem Namen ihres ersten Sohnes Paul Staegemann auf und verkleidete sich mit seinen Anzügen als Mann. Viele Verfolgte Sozialisten und Sozialistinnen fanden bei ihr Unterschlupf und Hilfe.³⁷ Bald wurde sie zu einer bekannten Figur in den Arbeitervereinen.

1884 war von „sozialdemokratisch gesinnten Berliner Frauen“ erneut ein Frauen-Hilfsverein für Arbeiterinnen ins Leben gerufen worden, der wiederum ausschließlich aus Frauen bestand. Als am 15. März 1885 daraus der „Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen“ entstand, der an den Erfahrungen der Arbeiterfrauen- und Mädchenvereins ansetzen sollte, wurde Pauline Staegemann zur zweiten Vorsitzenden des von ihr, gemeinsam mit Gertrud Guillaume-Schack, Ida Cantius und anderen, gegründeten Vereins gewählt. Vorsitzende wurde Marie Hofmann, Ehrenvorsitzende Gertrud Guillaume-Schack und Schriftführerin Emma Ihrer, die wie Pauline Staegemann bald an die Spitze der Berliner Arbeiterinnen-

³³ Bernstein, S. 29; vgl. auch Baader, S. 23.

³⁴ Maschinenschriftliche Notiz, VerfasserIn unbekannt. In: Sammlung Personalia Pauline Staegemann, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn.

³⁵ Juchacz, S. 27.

³⁶ Ebenda.

³⁷ Anna Bloss (Hrsg.), Die Frauenfrage im Lichte des Sozialismus, Dresden 1930, S. 74.

bewegung treten sollte. Zweck des Vereins war die Wahrung „der geistigen und materiellen Interessen der Arbeiterinnen, insbesondere die Regelung der Lohnverhältnisse“ und „die gegenseitige Unterstützung bei Lohnstreitigkeiten“.³⁸ Mit einem „Aufruf“ trat der Verein bereits 1885 für „Lohngleichheit der Männer- und Frauenarbeit“ und rief alle Arbeiterinnen auf, sich zu organisieren, weil nur so die Lage der Arbeiterinnen verbessert werden könne.³⁹ Dem sozialdemokratisch orientierten Verein traten bereits bei seiner Gründungsversammlung 350 Mitglieder bei und bald waren es 1000 Frauen, die dazu gehörten. Die Ehrenpräsidentin Gertrud Guillaume-Schack betonte bei der Gründung die enge Zusammenarbeit mit der Arbeiterbewegung, sie sagte: „Ohne inneres Anlehnen an die Arbeiterbewegung wird eine Arbeiterinnenbewegung niemals etwas schaffen oder leisten“, fügte aber angesichts des Sozialistengesetzes hinzu: „Ein An-die-große-Glocke-Hängen dieser inneren Verbindung halte ich jedoch für durchaus überflüssig.“⁴⁰ Der Impuls, den der Verein gab, führte zur Gründung zahlreicher ähnlicher Vereine an vielen Orten zwischen München und Hamburg.

Die Frauen konnten durchaus einige Erfolge verbuchen. Überliefert ist, dass sie für eine Petition an den Reichskanzler gegen die Einführung eines Zolls auf englisches Nähgarn Tausende von Unterschriften in ganz Deutschland sammelten und allen Fraktionen zur Befürwortung überreicht haben. Das Nähgarn mussten die Frauen, die in der Wäschefabrikation und der Konfektionsbranche tätig waren, zu dieser Zeit – wie andere Arbeitsmaterialien auch – durch den Arbeitgeber zu häufig stark überhöhten Preisen beziehen. Die Zollerhöhung unterblieb als Ergebnis ihrer Aktion. Am 8. Mai 1885 nahm der Verein eine Resolution an, mit der der Reichskanzler ersucht wurde, über die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen in diesen Branchen sowie über den Verkauf und die Lieferung von Arbeitsmaterial, etwa der Nähfäden, seitens der Arbeitgeber an die Arbeiterinnen und über die Höhe der dabei berechneten Preise Ermittlungen einzuholen und dem Reichstag Mitteilung zu machen. Das Ergebnis dieser Untersuchung wurde zwar bereits im April 1887 durch eine Enquete-Kommission dem Reichstag vorgelegt, blieb aber folgenlos. Es dauerte bis zum Frühjahr 1896 und es bedurfte des Einsatzes der an einem Konfektionsarbeiterinnenstreik beteiligten, bis die Angelegenheit erneut in die Reichstags-Debatten gebracht wurden. Nun wurde der § 115 der Gewerbeordnung dahingehend geändert, dass die Verabfolgung von Arbeitsmaterial durch den Arbeitgeber nur zu den ortsüblichen Preisen an die Arbeiterinnen erfolgen durfte.⁴¹

Am 28. September 1885 wurde Pauline Staegemann in eine Lohnkommission gewählt, der vor allem Mantelnäherinnen angehörten. Die Arbeiterinnen forderten einen Maximalarbeitstag, die Beseitigung der Nachfeierabend-, Nacht- und Sonntagsarbeit, die Festsetzung eines Minimallohntarifs, die Auszahlung des Lohnes an jedem Sonnabend und „menschenswürdige Behandlung der Arbeiterinnen durch die Arbeitgeber“. Diese „allmählich durchzuführenden Ziele“ sollten durch partielle Streiks erreicht werden, denn freiwillig – so wussten sie – würde den Näherinnen nichts zugestanden werden. Auf Anraten der Lohnkommission wurde ein Unterstützungsfond der Mantelnäherinnen gegründet.⁴² Die Gründung des

³⁸ Berliner Volksblatt, Nr. 64 vom 17.3.1885.

³⁹ Aufruf des Vereins zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen (1885), abgedruckt in: Gisela Brinker-Gabler (Hrsg.), *Frauenarbeit und Beruf*, Frankfurt/M. 1979, S. 386 – 387.

⁴⁰ StA Potsdam, Pol.Pr., Brlin 30 C, Nr. 14966, Bl. 85.

⁴¹ Zu diesen Aktionen siehe Osterroth/Schuster sowie www.fes.de/fulltext/bibliothek/chronik/spdc_Band1.html

⁴² Berliner Volksblatt, Nr. 229, 1. Oktober 1885.

Fachvereins der Berliner Mantelnäherinnen, die am 25.11.1885 erfolgte, zu dessen Führerinnen auch Ottilie Baader (als Schriftführerin) gehörte und die als erste gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation bezeichnet wird,⁴³ dürfte wesentlich aus dem Unterstützungsfond hervorgegangen sein. Auch der Fachverein wurde 1887 nach einer Gerichtsverhandlung verboten.

„Sie bezweckten die Änderung der Gesetzgebung zugunsten ihrer sozialen Lage“

Nach einigen Auseinandersetzungen mit christlich-sozialen Bewegungen und der bürgerlichen Berliner Stadtmission, bei denen auch August Bebel eine Rolle spielte, hatte sich der „Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen“ gerade stabilisiert, als im Mai 1886 die Polizei zuschlug. Sie führte Hausdurchsuchungen bei einigen Frauen durch, beschlagnahmte Briefe und sozialdemokratische Schriften und verurteilte den Fachverein wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz. Grund: weil der „Verein nicht bloß Frauenspersonen als Mitglieder aufgenommen hatte, sondern er bestand nur aus Frauenspersonen“.⁴⁴ Der Einsatz eines bekannten jungen sozialdemokratischen Rechtsberaters, der verstand, „die Polizeipraktiken ins rechte Licht zu rücken“⁴⁵ und auch die Verweigerung sämtlicher Angeklagten⁴⁶ halfen wenig. Ein Freispruch war nicht zu erreichen, weil die „Gegenstände, welche in den erweiterten Vereinsversammlungen verhandelt wurden“, durchaus als politische angesehen wurden, „denn sie bezweckten eine Änderung der staatlichen Gesetzgebung zugunsten ihrer sozialen Lage“.⁴⁷ Eine Schließung des Vereins wurde von der Herrschenden auch deshalb als notwendig erachtet, weil diejenigen Vereinsmitglieder, die mit der Sozialdemokratie nichts gemein hatten, geschützt werden sollten und der Verein nicht ohne Wissen und Willen des Vorstandes ein Spielball der Sozialdemokratie geworden sei. Die Vorstandsmitglieder Marie Hofmann, Emma Ihrer und Johanna Jagert wurden zu je 60 Mark, Pauline Staegemann zu 100 Mark Geldstrafe wegen „Teilnahme an politischen Aktivitäten und Zugehörigkeit zur SPD“ verurteilt. Pauline Staegemann bestrafte man härter als die anderen, weil sie wegen desselben Delikts schon einmal bestraft war, also „rückfällig“ geworden war. Geldstrafen zwischen 60 und 100 Mark trafen Frauen zu jenen Zeiten empfindlich. Die Frauen führten den politischen Kampf nun in der Illegalität weiter.

Als 1893 in Berlin erneut der „Verein zur Wahrung der Interessen der Arbeiterinnen“ gegründet wurde, lauschten 500 Frauen und Mädchen begeistert dem Referat von „Mutter Staegemann“, wie sie liebevoll genannt wurde, und traten sogleich dem Verein bei. Leider wurde auch dieser Verein bald durch die Polizei aufgelöst, denn das Preußische Vereinsgesetz galt auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes weiter. 1899 wurde Pauline Staegemann dann Mitglied des Berliner Frauenbildungsvereins.⁴⁸ Er konnte nicht so leicht aufgelöst werden, denn die Frauen hatten nun gelernt, die Fallstricke des Vereinsgesetzes noch geschickter zu umgehen. Im Jahre 1907 gab es bereits 94 Bildungsvereine mit 10.302 Mitgliedern.⁴⁹

⁴³ Horst Bartel/Wolfgang Schröder/Gustav Seeber: Das Sozialistengesetz 1878 1890. Illustrierte Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Ausnahmegesetz, Berlin 1980, S. 215. Vgl. auch Freude, S. 91.

⁴⁴ So der Strafrichter Brausewetter, zit. nach Karin Junker: „25 Jahre AsF – Wir haben die richtigen Frauen“. Rede anlässlich der AsF-Bundeskonzferenz am 5. Juni 1998 in Münster (Manuskript), S. 3.

⁴⁵ Lange, S. 614.

⁴⁶ Adeline Berger, die Auflösung der Arbeiterinnenvereine, in: Die zwanzigjährige Arbeiterinnen-Bewegung Berlins und ihr Ergebnis. Beleuchtet von einer Arbeiterin, Berlin 1889, S. 44 – 48.

⁴⁷ Ebenda.

⁴⁸ Vgl. Heinz Niggemann, Emanzipation zwischen Sozialismus und Feminismus. Die sozialdemokratische Frauenbewegung im Kaiserreich, Wuppertal 1981, S. 338

⁴⁹ Protokoll des Parteitages von 1907, S. 110, zit. nach Niggemann, S. 64.

„Unerschrocken Kämpfer versammelten sich bei der Großmutter“

Der Enkel Erich Ryneck erinnerte sich, dass der Geburtstag der Großmutter jährlich am 18. März ein Treffpunkt aller in Berlin bekannten führenden Sozialist_innen war. Gemeinsam pilgerten sie zum Friedhof und gedachten der am 18. März 1848 für die Durchsetzung der freiheitlichen Verfassung und für die Anerkennung der Menschenrechte Gefallenen. Er erinnerte sich daran, dass stets die roten Schleifen, die sie trugen, von der Polizei abgeschnitten wurden. Schon als Kind beeindruckten ihn die „unerschrockenen Kämpfer“, die sich bei seiner Großmutter versammelten und die er bewunderte. Es waren unter anderem diese Erlebnisse, die seine eigene sozialistische Überzeugung frühzeitig prägten.⁵⁰ Zu den „Kämpfern“ ,wie Eduard Bernstein, Johannes Sassenbach und anderen, gehörten auch Kämpferinnen, wie Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Emma Ihrer, Ottilie Baader und viele andere. Seiner eigenen Großmutter, die ihre politische Arbeit ohne jegliche Schulungsmöglichkeiten geleistet habe, sprach er voller Bewunderung ein ausgesprochen „soziales Mitempfinden“ aus, das den „Urquell ihrer Tätigkeit“ gebildet hätte.⁵¹

Der Lebensmut Pauline Staegemanns schien trotz der Verfolgungen und Diskriminierungen in keiner Weise beeinträchtigt.⁵² Sie und ihre Weggefährtinnen haben aufgrund ihrer leidenschaftlichen Überzeugung keinen Augenblick daran gedacht, aufzugeben. Sie schienen nicht einmal unter den dauernden Verfolgungen gelitten zu haben. Das war freilich nur möglich, weil sie eine tiefe Überzeugung von der Richtigkeit ihrer Agitationsarbeit und ihres politischen Handelns antrieb und weil sie sich stets der Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten versichern konnte. Die Arbeiterinnenbewegung war nicht mehr zurückzupfeifen. Pauline Staegemann hatte einen wesentlichen Anteil daran.

Die „Tätigkeit für die Not der arbeitenden Frauen“ geht zu Ende

Leider musste Pauline Staegemann ihre letzten Lebensjahre mit furchtbaren Schmerzen auf dem Krankenlager verbringen, weil sie an Magenkrebs litt. Dennoch hielt sie weiterhin Kontakt zu ihren politischen Freund_innen. Ihre geistige Spannkraft ließ erst in den letzten 14 Tagen ihrer Leidenszeit nach.

Pauline Staegemann, die „Kämpferin für den Glauben an den Sieg der sozialen Gerechtigkeit“,⁵³ starb am 5. September 1909 in Berlin.⁵⁴ Der evangelische Trauerredner Pfarrer Koch würdigte ihre lebenslange „Tätigkeit für die Not der arbeitenden Frauen“⁵⁵. Ihre Weggefährtin Emma Ihrer lobte in einem Nachruf „Mut und Energie, volles Verständnis für die Seele des arbeitenden Volkes und ein warmes Herz für seine Leiden sowie auch eine außergewöhnliche Redegabe, die sie befähigte, ohne jede Weitschweifigkeit immer den Kern der Frage in packender Weise zu treffen und die Zuhörer mit fortzureißen.“⁵⁶ Nicht lange vor Pauline Staegemanns Tod war nach mehr als einem halben Jahrhundert politischer Entmündigung für Frauen ein neues Reichsvereinsgesetz in Kraft getreten. Damit standen Frauen politische Vereine und

⁵⁰ Brief Erich Ryneck an Marie Juchacz.

⁵¹ Ebenda.

⁵² Marie Juchacz, S. 27.

⁵³ Ebenda.

⁵⁴ Osterroth, S. 297, nennt den 5. Mai 1909 als Todestag.

⁵⁵ Wieso der evangelische Pfarrer sie trotz ihres Kirchenaustrittes beerdigt hat, ist nicht mehr ermittelbar.

⁵⁶ Zit. nach Blos, S. 74.

Parteien offen. Ihre Tochter Elfriede war eine der ersten, die 1908 offiziell der SPD beitrug, aktiv war sie schon seit 1890 .

Otilie Baader beschrieb die Weggefährtin später als eine Frau mit großem Herzen und leuchtenden Augen, die tatkräftig im Leben stand und sie vergaß nicht, hervorzuheben, dass „ihre Familie nicht unter ihrer Arbeit für die Allgemeinheit gelitten hat“.⁵⁷ Das bestätigte auch ein Freund, der kurz nach ihrem Tode an Paulines ältesten Sohn geschrieben hat: „Sie war Dir und Deinen Geschwistern eine treue Mutter. Und weiter schrieb er 1909: „Jetzt, wo die Frauenemanzipation glücklicherweise in aller Munde ist und immer mehr Verständnis findet, ist es leicht, dafür zu wirken. Aber in der ersten Zeit mit ihrem Sturm und Drang gehörte Mut dazu (...) Sie hat wahrhaftig eine eingehende Würdigung ihres Werkes verdient (...) Sie ist eine von denen, deren Leben nicht vergeblich war.“⁵⁸ Und das ist wohl das Beste, was man einem Menschen nachsagen kann.



Quelle: Manfred Isemeyer

„Wie hätte ihr feines, von der Not des Lebens und dem Kampf um die Frauensache gefurchtes Gesicht wohl geleuchtet, wenn sie es noch hätte erleben können, wie ihre älteste Tochter Elfriede Ryneck mit unter den Abgeordneten des ersten Parlaments der deutschen Republik stand!“ schrieb Otilie Baader 1921.⁵⁹ Ihr drittes Kind Elfriede (1872–1951) war konfessionslos und ist in die sozialdemokratische Geschichte eingegangen. 1919 hat sie die Arbeiterwohlfahrt mitbegründet und wurde deren zweite Vorsitzende, gleichzeitig gehörte sie dem Parteivorstand der SPD und dem Vorstand der SPD in Brandenburg bis zu seiner Auflösung an und war 1925 bis 1933 Abgeordnete des Preußischen Landtags.

Wie hätte ihr Gesicht wohl geleuchtet, wenn sie zudem noch hätte erleben können, dass ihre Urenkelin Jutta Limbach, geb. Ryneck, Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts und dann Präsidentin des Goethe-Instituts wurde. Und wie hätte sie sich gefreut, dass diese Urenkelin, als sie danach gefragt wurde, ob sie Vorbilder hätte, antwortete: „Meine Urgroßmutter Pauline Staegemann, die Mitbegründerin des ersten Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenvereins.“⁶⁰

Aus: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 4. Jhg. 2005/III, S. 134 – 145. Überarbeitet am 14.3.2023.

Gisela Notz

⁵⁷ Baader, S. 16 f.

⁵⁸ Zit. nach Bloss, S. 75.

⁵⁹ Baader, S. 27.

⁶⁰ Die Welt vom 5.6.2004.